

des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu der EU-Initiative „Bürger-Energiepaket – Schutz und Stärkung der Verbraucher beim gerechten Übergang“

Grundsätzliches

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften begrüßen grundsätzlich das Vorhaben der Europäischen Kommission, mit dem Bürger-Energiepaket eine sozial gerechte und reell erschwingliche Energiewende zu gestalten. Die Energiewende ist ein notwendiges Modernisierungs- und Investitionsprogramm und zentral, um langfristig Versorgungssicherheit, Resilienz und Bezahlbarkeit der Energieversorgung zu gewährleisten. Hierbei ist wichtig, besonders benachteiligte Regionen und Bevölkerungsgruppen Unterstützung zu leisten. Dass die Initiative diesen Fokus aufgreift, begrüßt der DGB. Gleichwohl möchten wir auf einige Punkte hinweisen, die aus Sicht der Beschäftigten konkretisiert und verstärkt werden sollten.

Energiearmut

Die Feststellung, dass die Energiewende überproportionale Auswirkungen auf bestimmte Bevölkerungsgruppen, Regionen und soziale Lagen hat, unterstreicht der DGB. Die Kommission weist richtigerweise darauf hin, dass die Energiearmut insbesondere während der Hochphase der durch den russischen Angriffskrieg ausgelösten Energiekrise rasant zugenommen hat. Die Ursachen dieser Energiekrise lagen jedoch nicht in der Energiewende, sondern in der Verknappung und einem rasanten und teilweise spekulativ bedingten Preisanstieg fossiler Energien. Die argumentative Verknüpfung zwischen Energiewende und Energiearmut ist nach Auffassung des DGB nur bedingt haltbar. Ausdrücklich unterstützt wird dagegen der Befund, dass wirtschaftlich besonders stark von fossilen Energiequellen abhängige Regionen überproportional stark von den Auswirkungen der Energiewende betroffen sind.

Die Erkenntnis, dass Frauen, ältere Menschen und Alleinerziehende von hohen Energiepreisen besonders betroffen sind, ist ebenfalls zentral. Jedoch bleibt die Initiative in ihrer Ausrichtung vage und individualisiert ein Problem, das strukturell bedingt ist. Sie konzentriert sich vorwiegend auf individuelle Verhaltensänderungen oder Anpassungsstrategien, anstatt die tieferliegenden gesellschaftlichen Ursachen zu adressieren.

12. August 2025

Deutscher Gewerkschaftsbund
Abteilung Struktur-, Industrie-
und Dienstleistungspolitik

Felix Fleckenstein
Referent für Energiepolitik

felix.fleckenstein@dgb.de

Keithstraße 1
10787 Berlin

www.dgb.de

Energiearmut ist kein Einzelschicksal, sondern trifft systematisch jene, die am unteren Ende der Lohn- und Vermögensverteilung stehen. Besonders betroffen sind Beschäftigte im Niedriglohnsektor und Erwerbslose; außerdem marginalisierte Gesellschaftsgruppen. Diese dürfen nicht nur mitgedacht, sondern müssen explizit in den Mittelpunkt des Bürger-Energiepakets gestellt werden. Denn Energiearmut ist letztlich Ausdruck eines viel grundsätzlicheren Problems: Armut. Wer über Lösungen sprechen will, muss an den Ursachen ansetzen – und das heißt, soziale Ungleichheit und deren Ursachen klar zu benennen und anzugehen. Seit Jahren setzt sich der DGB für Armutsbekämpfung ein, insbesondere durch fairen Zugang zum Arbeitsmarkt, eine Stärkung der Tarifbindung, faire Löhne und soziale Sicherheit. Wirtschaftliche Teilhabe muss zuvorderst über Gute Arbeit sichergestellt werden. Wir fordern eine weitreichende Armuts- politik und eine sinnvolle Strommarktpolitik, um die Energiearmut zu verringern.

In der EU-Initiative fehlt zudem eine klare Benennung rassistischer Diskriminierung als struktureller Faktor im Kontext von Energiegerechtigkeit. In Deutschland zeigen sich diese Ungleichheiten in einem erhöhten Armutsrisiko, geringeren Zugang zu energieeffizienten Wohnungen und geringere Reichweite politischer Beteiligung. Diese Benachteiligungen sind kein Zufall, sondern Ausdruck strukturellen Rassismus. Rassistisch diskriminierte Menschen sind aufgrund institutioneller Hürden auf dem Arbeits-, Wohn- und Bildungsmarkt häufiger von Armut betroffen, und damit auch überproportional von Energiearmut. Deshalb braucht es gezielte Maßnahmen gegen Energiearmut, die strukturell benachteiligte Bevölkerungsgruppen in den Blick nehmen. Nationale Aktionspläne wie der Nationale Energieeffizienz Aktionsplan (NEAAP)¹ können einen wichtigen Beitrag leisten, aber müssen hierfür konkrete Strategien entwickeln.

Gewerkschaften leisten hierbei einen zentralen Beitrag: Sie setzen sich aktiv gegen Diskriminierung ein – im Betrieb wie in der Gesellschaft. Mitbestimmung ist dabei kein Selbstzweck, sondern gelebte Demokratie im Alltag der Arbeitswelt. Gerade in der sozial-ökologischen Transformation können starke Tarifbindung und Mitbestimmung einen wesentlichen Beitrag dafür leisten, dass auch benachteiligte Gruppen fair beteiligt und geschützt werden.

Ferner weist der DGB darauf hin, dass Haushalte mit geringem Einkommen einen vergleichsweise niedrigen Energieverbrauch aufweisen. Ihr Konsum ist nicht Ausdruck bewusster Effizienz, sondern Resultat ökonomischer Notwendigkeit. Wir halten hier einen Anreiz zu effizienterem Verbrauch für nicht zielführend, da weitere Einsparungen kaum möglich sind. Stattdessen sollten politische Maßnahmen stärker bei wohlhabenden Haushalten ansetzen, um deren Energieverbrauch und Treibhausgasausstoß zu senken. Gleichzeitig muss ein gerechteres Steuersystem dafür sorgen, dass Vermögende und Menschen mit sehr hohen Einkommen mehr zum Gemeinwesen beitragen.

¹ Nationaler Energieeffizienz-Aktionsplan (NEEAP) der Bundesrepublik Deutschland (2006/32/EG); EDL-G) [2. Nationaler Energieeffizienz-Aktionsplan \(NEEAP\) der Bundesrepublik Deutschland](#)

Darüber hinaus braucht es gezielte Unterstützung für Menschen mit geringem Einkommen wie kostenlose Stromsparchecks.

Für eine sozial ausgewogene Energiewende sind ferner leistungsfähige und für jedermann zugängliche öffentliche Infrastrukturen notwendig. Ein entscheidender Schlüssel ist daher eine entschlossene Investitionspolitik, die die öffentliche Daseinsvorsorge ertüchtigt, beispielsweise durch den nachhaltigen Ausbau von Strom- und Fernwärmenetzen. Hierzu verweisen wir auf die Positionen des DGB zur Ausweitung öffentlicher Investitionen.²

Regionen im Strukturwandel

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften begrüßen das Anliegen, Regionen im Strukturwandel und insbesondere jene, die besonders stark von traditionellen Energiequellen abhängig sind, gezielt zu unterstützen. Aus Sicht der Gewerkschaften ist eine proaktive Gestaltung des Strukturwandels untrennbar mit einer sozial ausgewogenen Begleitung der Energiewende verbunden. Der Ausstieg aus fossilen Energieträgern trifft Regionen mit hohem Industrieanteil – wie Kohlereviere – besonders hart. Um Arbeitsplatzverluste, soziale Verwerfungen, Entwicklungsfallen und regionale Ungleichgewichte zu vermeiden, müssen Strukturwandelprozesse frühzeitig, planvoll und gemeinsam mit den Sozialpartnern gestaltet werden. Ziel muss sein, tarifgebundene Beschäftigung im Strukturwandel zu sichern oder aufzubauen. Der DGB begleitet mit seinem Projekt Revierwende³ eng diesen Strukturwandel in den deutschen Kohlerevieren.⁴

In der Gesamtschau des Bürgerenergiepakets fällt auf, dass der Strukturwandel zwar eingangs erwähnt wird, die diesbezüglichen Ausführungen und Absichtserklärungen aber äußerst knapp, vage und oberflächlich bleiben. Der DGB begrüßt zwar, dass eine neue Phase der EU-Initiative für Kohleregionen im Wandel eingeleitet werden soll. Gleichzeitig darf der Fokus der EU-Maßnahmen zur ambitionierten und sozial gerechten Umsetzung der Energiewende sich nicht auf Kohle-, Torf- und Ölschieferregionen beschränken, sondern muss Regionen im Strukturwandel grundsätzlich adressieren. Dies betrifft insbesondere auch Regionen mit einem hohen Anteil energieintensiver Industrien, die aktuell massiv unter den gestiegenen Energiepreisen leiden. Eine proaktive Strukturpolitik muss deshalb breiter angelegt sein und gezielt auch jene Standorte unterstützen, deren wirtschaftliche Basis durch den Umbau der Energieversorgung und die notwendige Dekarbonisierung unter Druck geraten ist.

² Deutscher Gewerkschaftsbund: Schuldenbremse? Deutschland braucht eine Investitionsoffensive [Schuldenbremse reformieren: Investitionen in die Zukunft | DGB](#)

³ Revierwende <https://revierwende.de/>

⁴ Pressemitteilung des Deutschen Gewerkschaftsbunds zum Strukturwandel in den Kohlerevieren: DGB fordert klare Perspektiven für Beschäftigte <https://www.dgb.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/strukturwandel-in-den-kohlerevieren-dgb-fordert-klare-perspektiven-fuer-beschaeftigte/>

Entscheidend ist hierfür neben einer auskömmlichen Mittelausstattung der geplanten Maßnahmen aber auch die enge Verzahnung mit Programmen aus den EU-Strukturfonds, darunter dem Just Transition Fund. Die Zukunft dieser für den proaktiven Strukturwandel und eine gelingende Energiewende unabkömmlichen Finanzierungsinstrumente steht mit den angekündigten Reformvorschlägen für den künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen grundsätzlich infrage. Ein Erhalt und Stärkung dieser Instrumente sind dringend geboten, um den Strukturwandel zum Wohle der Beschäftigten zu gestalten. Wir weisen an dieser Stelle explizit auch auf unsere Positionen zur EU-Kohäsionspolitik hin.⁵

Insbesondere fordern wir, die öffentlichen Mittel in allen EU-Programmen zur Energiewende und Strukturförderung verpflichtend an die Kriterien Guter Arbeit wie Tarifbindung und Mitbestimmung zu knüpfen. Nur so lässt sich sicherstellen, dass lokale und tarifgebundene Unternehmen gefördert werden – als Grundlage für und zu Gute Arbeit, stabile Lebensverhältnisse und Teilhabe an den Wohlstandsgewinnen vor Ort. Zudem fordern wir die Erweiterung des bestehenden bzw. vorgesehenen beihilferechtlichen Rahmens. Der CISAF setzt zu enge Leitplanken. Das zeigt sich beispielhaft an den Vorgaben für den Industriestrompreis. Die Höchstgrenze von drei Jahren Förderung verschafft keine ausreichende Planungssicherheit, Re-Investitionen von fünfzig Prozent der Beihilfen in Dekarbonisierungsmaßnahmen sind nicht realistisch. Diese Bedingungen schränken die Wirksamkeit eines dringend gebotenen Industriestrompreises von vornherein entscheidend ein.

Für einen gelingenden Strukturwandel ist es überdies dringend notwendig, dass lokale und transparente Lieferketten in der Energiewende gestärkt werden. Das schafft regionale Wertschöpfung, sichert Arbeitsplätze vor Ort und erhöht die Resilienz gegenüber globalen Krisen und Abhängigkeiten. Auch braucht es stabile und verlässliche Energiepreise für private Haushalte, Unternehmen und die öffentliche Daseinsvorsorge. Günstige erneuerbare Energie ist transformations- und investitionsdienlich sowie verteilungspolitisch geboten.

Flexibilisierung des Energieverbrauchs

Eine verbesserte Energieeffizienz durch Digitalisierung wird durch den Deutschen Gewerkschaftsbund grundlegend begrüßt. Die Kommission betont Kostensenkungspotentiale durch den Einsatz sog. intelligenter Stromzähler und eine Flexibilisierung des Stromverbrauchsverhaltens. Hier ist jedoch dringend zu bedenken, dass Möglichkeiten der Digitalisierung und Verbrauchsflexibilisierung nicht für alle Haushalte gleichermaßen gegeben sind. Der Smart Meter Gateway (SMGW) Rollout in Deutschland ist bisher nur langsam vorangeschritten und gehört damit zu den Schlusslichtern Europas. Der DGB befürwortet die Beschleunigung des SMGW-Rollouts, allerdings müssen dabei Verbraucherschutz und Datenschutz gewährleistet sein. Wichtig ist auch, dass für Arbeitnehmende keine steigenden Preise und gesteigerte Komplexität entstehen. Der SMGW-

⁵ Positionspapier des Deutschen Gewerkschaftsbunds zur Zukunft der EU-Kohäsionspolitik [2025-04-30 DGB-Positionspapier Zukunft Kohäsionspolitik.pdf](#)

Rollout muss unabhängig von individuellem Einkommen gewährleistet und für alle zugänglich sein.

Wir fordern zu einer realistischen Betrachtung der Flexibilisierungspotentiale im Bereich privater Haushalte auf. Es stellt sich auch die Frage, ob es überhaupt realistisch oder erstrebenswert ist, die persönliche Lebensgestaltung nach dem Strompreis auszurichten. Der DGB lehnt ab, die volatilen Preise des Strommarkts an Verbrauchende durchzureichen und damit im Extremfall Beschaffungsrisiken zu individualisieren. Stattdessen benötigen Verbrauchende sicheren Zugang zu Strom zu niedrigen und verlässlichen Preisen.

Beteiligung ist keine Marktgerechtigkeit

Die Initiative bemängelt, dass Verbrauchende sich zu gering an den Energiemärkten beteiligen und zu wenig Gebrauch von Energiegemeinschaften machen. Als Lösungsvorschlag wird hier die Handlungskompetenz und eine intensivere Teilnahme von Bürger*innen an den Energiemärkten betont.

Insbesondere die Teilnahme an einer Energiegemeinschaft setzt jedoch Zeit, Bildung, Wohnraum, Eigentum und technisches Wissen voraus. Hierzu haben nicht alle Haushalte gleichermaßen Zugang. Energiegemeinschaften können bestehende Verteilungsungleichgewichte somit verschärfen: Menschen mit Kapital, Hausbesitz und einem höheren Bildungsgrad profitieren; wer in Miete wohnt, im Schichtdienst arbeitet, Care-Arbeit leistet oder kaum Zeit oder Zugang zu Information hat, kann sich nicht gleichermaßen beteiligen.

Gerade für Haushalte, die von (Energie-)Armut betroffen sind, ist eine intensivere Beteiligung an den Energiemärkten nach Auffassung des DGB keine realistische Lösungsoption. Es kann nicht vorausgesetzt werden, dass Haushalte den hohen Aufwand, die hohe Komplexität und die Risiken von Energiebeschaffung und -handel übernehmen. Diese Dienstleistung wird traditionell und sinnvollerweise von Energieversorgungsunternehmen erbracht. Für vulnerable Haushalte sollte insbesondere die Einführung vergünstigter Sockeltarife erwogen werden.

Die Initiative legt richtigerweise auch ein Augenmerk darauf, dass Haushalte regelmäßig ihre Energieversorgungsverträge wechseln sollten. Der DGB begrüßt dies im Grundsatz. Während der Energiekrise ist indes auch die Schattenseite des starken Preiswettbewerbs im Haushaltskundenmarkt deutlich geworden: Anbieter besonders günstiger Endkundenpreise wurden zahlungsunfähig, so dass die Kund*innen in teure Grundversorgungstarife wechseln mussten. Preisdumping sollte durch Hedging-Verpflichtungen der Energieversorgungsunternehmen mit Haushaltskund*innen vorgebeugt werden. Zudem müssen Gas- und Stromsperren weitgehend vermieden werden.

Wärme und Mobilität mitdenken

Die Initiative der Europäischen Kommission bezieht sich primär auf den Stromverbrauch. Das ist aus Sicht des DGB zu eng. (Energie-)Armut betrifft Arbeitnehmer*innen und ihre Haushalte nicht nur bei der Stromversorgung, sondern ebenso beim Zugang zu bezahlbarer Wärme und Mobilität. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kosten der Energiewende gerecht verteilt werden. Das betrifft auch die energetische Sanierung und die Mobilitätswende.

Der DGB fordert, dass Arbeitnehmer*innen und ihre Haushalte in ihrer gesamten Alltagsrealität betrachtet und entsprechend geschützt werden – nicht nur als Stromkund*innen, sondern auch als Pendler*innen, Mieter*innen und Familien mit Heizkostenbelastung.

Weiter verweist der DGB auf seine grundsätzlichen Positionen zur Gebäude- und Mobilitätswende.⁶

Fairer Energiemarkt

Ein fairer Energiemarkt benötigt klare Regeln und soziale Leitplanken. Es braucht verbindliche Vorgaben zu Preisgestaltung, um Verbrauchende zu schützen. Auch eine stärkere Preisaufsicht und -kontrolle sollten erwogen werden. Die Einführung „intelligenter“ Zähler und die Förderung von Energiegemeinschaften sind richtige Schritte – sie können aber kaum zur Bekämpfung von (Energie-)Armut beitragen und müssen durch umfassende soziale Flankierung begleitet werden. Das Bürger-Energiepaket darf nicht nur auf Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und Marktlösungen, sondern muss auf verbindliche öffentliche Verantwortung setzen. Wichtig ist auch, bestehende Mechanismen wie den europäischen Emissionshandel (ETS), mit dem Bürgerenergiepaket zu verknüpfen. In seiner aktuellen Ausgestaltung wirkt der CO₂-Preis regressiv und droht Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen zu überlasten. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern daher einen klaren Rahmen, der Verbraucherrechte stärkt, kollektive Versorgungssicherheit garantiert und soziale Gerechtigkeit nicht dem Wettbewerbsprinzip unterordnet.

Weiter verweist der DGB auf seine grundsätzlichen Positionen zum Strommarkt und zum Emissionshandel.⁷

⁶ Positionspapier des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Gebäudewende: Sozial und mit guter Arbeit [DGB Gebäudewende web.pdf](#), Pressemitteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu Zukunftsgerichtet investieren: Daseinsvorsorge durch nachhaltige Verkehrsinfrastruktur <https://www.dgb.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/zukunftsgerichtet-investieren-daseinsvorsorge-durch-nachhaltige-verkehrsinfrastruktur/>

⁷ Positionspapier des Deutschen Gewerkschaftsbundes: Energiewende vorantreiben – Bezahlbare Strompreise sichern https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Positionen_und_Thesen/Positionspapier_Strom.pdf; Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Optionenpapier „Strommarktdesign der Zukunft“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Stellungnahmen/2024-08-30_DGB-

Monitoringplan

Aus Sicht des DGB ist es unerlässlich, dass auch die Gewerkschaften in das Monitoring zum Bürger-Energieplan systematisch eingebunden werden. Als zentrale Vertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sie an Arbeitsgruppen, Foren und Konsultationen beteiligt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass soziale Belange, Arbeitsbedingungen und die Perspektiven der Beschäftigten bei der Umsetzung energiepolitischer Leitlinien und bei der Begleitung des Strukturwandels konsequent mitgedacht und berücksichtigt werden.

Fazit

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt das Anliegen der Europäischen Kommission, mit dem Bürger-Energiepaket Verbraucher*innen in der Energiewende zu stärken und Energiearmut gezielt zu bekämpfen. Die geplanten Maßnahmen zur Information und Beteiligung der Bürgerinnen springen aber zu kurz. Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ist klar: Eine sozial gerechte Energiewende braucht mehr als Information – sie braucht strukturelle Absicherung und faire Rahmenbedingungen für alle.

[Stellungnahme Strommarktdesign der Zukunft BMWK.pdf](#); Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Konsultation der EU-Kommission zur Überprüfung des EU-EHS (See- und Luftverkehr und ortsfeste Anlagen) sowie der Marktstabilitätsreserve [2025-07-07_DGB_Stellungnahme_ETS.pdf](#)